

Bericht vom „Runden Tisch“ im Landtag am 19. Juni 2015

Liebe vom Berufsverbot Betroffene, liebe FreundInnen und UnterstützerInnen,

unsere Kampagne zur Aufarbeitung der Berufsverbote in Baden-Württemberg, die wir mit der Kundgebung vor dem Landtag am 10. Dezember 2014 begonnen haben, hat nach einem halben Jahr jetzt einen (ersten) Erfolg gebracht: Am Freitag, 19. Juni 2015, fand im Landtag in Stuttgart ein Runder Tisch statt, zu dem der Abgeordnete Ulrich Sckerl von der Grünen Fraktion uns eingeladen hatte. Außer ihm nahmen die MdLs Beate Böhlen (Grüne) aus Baden-Baden und für die SPD-Fraktion Rita Haller-Haid aus Tübingen teil.

Im Vorfeld hatte der FDP-Abgeordnete und Ex-Justizminister Dr. Ulrich Goll drei Sprecher unserer Initiativgruppe zu einem gesonderten Gespräch am 16. Juni in sein Büro in Waiblingen eingeladen. Dieses Gespräch war sehr offen und freundlich. Wir warben um Unterstützung durch die FDP für unsere Kampagne im Landtag sowie für unsere Forderungen und versuchten anhand konkreter Beispiele zu zeigen, wie Berufsverbote tatsächlich ausgesehen haben und welche Folgen sie hatten und heute noch haben. Herr Goll berief sich darauf, dass die FDP den Radikalenerlass schon immer für falsch gehalten und Berufsverbote aufgrund bloßer Mitgliedschaft in nicht verbotenen Gruppen oder Parteien abgelehnt habe.

Eine konkrete Unterstützung unserer Forderungen konnte er allerdings nicht zusagen.

Zum Runden Tisch hatte auf unseren Vorschlag Ulrich Sckerl 12 ehemals Betroffene und den Stuttgarter Rechtsanwalt Hans-Dieter Wohlfahrt eingeladen:

Sigrid-Altherr-König (Esslingen), Heiner Blasenbrei (Besigheim), Sabina Fischer-Hampel (Stuttgart), Gerlinde Fronemann (Karlsruhe), Martin Hornung (Eppelheim), Erhard Jöst (Heilbronn), Lothar Letsche (Weinstadt), Christina und Klaus Lipps (Baden-Baden), Andreas Salomon (Rosenheim), Hans Schaefer (Reutlingen) und Ingrid Sühning (Tübingen). Außerdem, auf Einladung von Frau Haller-Haid, Anton Brenner (Tübingen).

Den Abgeordneten hatten wir einige Tage zuvor je eine Mappe mit wichtigen Dokumenten zum Thema und 27 kurzen Falldarstellungen zuschickt (von den 12 Eingeladenen und von 15 weiteren Betroffenen).

Ulrich Sckerl stellte zu Beginn dar, dass es den Abgeordneten und Regierungsfraktionen vor allem um eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Praxis des Radikalenerlasses gehe. Wir Betroffene boten dazu unsere Unterstützung (und unsere Akten) an. Wir erklärten aber, dass wissenschaftliche Aufarbeitung keine Vorbedingung oder gar Alternative sein könne zur Erfüllung unserer drei politischen Hauptforderungen:

1. eine Entschuldigung der politisch Verantwortlichen für das uns und unseren Familien zugefügte Unrecht,
2. eine staatsbürgerliche Rehabilitierung
3. eine materielle Entschädigung in besonderen einzelnen Fällen, wo die Betroffenen unverschuldet in die Altersarmut geraten.

In kurzen Beiträgen von vier bis fünf Minuten stellten wir Betroffene dann besondere Aspekte unseres jeweiligen „Falles“ dar. Das Spektrum reichte von rein persönlichen Schikanen durch den damaligen Kultusminister über Androhung von Disziplinarmaßnahmen für die Unterschrift unter einen Protest gegen die Berufsverbote, von Ausbildungsverboten über die Nichtzulassung als wissenschaftliche Hilfskraft, von Berufsverbot wegen Anmeldung eines Infostandes bis zur Entlassung eines hochqualifizierten und beliebten langjährigen Lehrers und Beamten auf Lebenszeit. Ein rechts-

oder gar verfassungswidriges Verhalten konnte keiner/m der Betroffenen vorgeworfen werden, ihre tatsächliche Haltung zum Grundgesetz spielte nie eine Rolle. Die Abgeordneten hörten aufmerksam zu und stellten von Zeit zu Zeit vertiefende Fragen.

Insgesamt dauerte der Runde Tisch über drei Stunden. Am Ende erklärte Ulrich Sckerl, dass dies das erste einer Reihe von Gesprächen gewesen sei und dass man – in kleinerem Kreis - wieder zusammenkommen wolle, um konkrete Lösungen zu erarbeiten, möglicherweise noch vor der Sommerpause, spätestens aber im September. Dazu wird Ulrich Sckerl die Initiativegruppe „40 Jahre Radikalenerlass“ einladen.

Schließlich wurde eine gemeinsame Presseerklärung verfasst.

Nach über drei Stunden konzentrierter Diskussion waren wir sehr dankbar dafür, dass die Gastgeber für einen kleinen Imbiss gesorgt hatten.

Klaus Lipps 22.06.2015